

STATEMENT

**Dipl.-Ing. (FH) Helmut Hubert,
Sprecher der LANDESVEREINIGUNG BAUWIRTSCHAFT BAYERN**

- das bayerische Bau- und Ausbauhandwerk (LVB)

**anlässlich der Frühjahrspressekonferenz der LVB
am Dienstag, 01. April 2008, in München**

(Sperrfrist: Dienstag, 01. April 2008, 10.30 Uhr)

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren der Wirtschaftsmedien,
verehrte Damen und Herren unserer Mitgliedsverbände der
Landesvereinigung Bauwirtschaft!

Ich begrüße Sie herzlich zur Frühjahrspressekonferenz der Landesvereinigung Bauwirtschaft Bayern. Die 10 Fachverbände des bayerischen Bau- und Ausbaugewerbes haben bei ihren Mitgliedern ihre traditionelle Frühjahrsumfrage durchgeführt. Wir wollten wissen, wie sich die Konjunktur in diesem Frühjahr entwickelt hat und was die Betriebe in den vor uns liegenden 6 Monaten erwarten. Die Ergebnisse unserer Umfrage möchte ich Ihnen heute erläutern und Ihnen den Konjunktur-Lagebericht der bayerischen Bau- und Ausbauwirtschaft vorstellen. Sie finden den Lagebericht in den Presseunterlagen, wie immer in Form eines Faltblatts.

Ich möchte Ihnen zunächst die Ergebnisse unserer Umfrage vorstellen. Im Anschluss werde ich eine Kurzanalyse der wirtschaftlichen Entwicklung des Bau- und Ausbausektors versuchen und Ihnen schließlich einige Überlegungen der Bau- und Ausbauwirtschaft für eine Belebung der Bautätigkeit erläutern.

Vorstellung des Frühjahrslageberichts für das Bau- und Ausbaugewerbe

Aktuelle Geschäftslage / Entwicklung in den vergangenen 6 Monaten

Die Umfrage zeigt, dass sich die Lage im bayerischen Bau- und Ausbaugewerbe seit dem Herbst verschlechtert hat. Die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage und die Erwartungen sind deutlich ungünstiger als zum gleichen Zeitpunkt im Vorjahr.

Geschäftslage

Zunächst geht es um die **Geschäftslage**: Die Geschäftslage veränderte sich in den vergangenen sechs Monaten nur wenig. Für 18% der befragten Betriebe des Ausbaugewerbes und 31% der Baubetriebe hat sich die Geschäftslage gegenüber dem Herbst verschlechtert. Dem stehen etwa 14% der Bau- und 25% der Ausbaubetriebe mit verbesserter Geschäftslage gegenüber. Mehr als die Hälfte der Betriebe des Bau- und Ausbaugewerbes schätzt die Geschäftslage als unverändert ein.

Wichtig ist aber jeweils auch der Vergleich mit dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Und hier haben sich verglichen mit der Frühjahrsbefragung 2007 die negativen Einschätzungen im Ausbaugewerbe verdreifacht und im Bauhauptgewerbe sogar verfünffacht.

Umsatzentwicklung

Konnten wir vor einem Jahr noch eine starke Verbesserung der **Umsatzentwicklung** beobachten, so brachte der vergangene Winter, obwohl er wiederum sehr mild war und eigentlich hätte durchgearbeitet werden können, keine Verbesserung.

Die Umsätze entwickelten sich in den Wintermonaten bei der Hälfte der Betriebe auf insgesamt fast unverändertem Niveau. Dennoch gibt es bei diesem Indikator deutliche Unterschiede zwischen Bauhaupt- und Ausbaugewerbe.

Während im Bauhauptgewerbe nur 13% der Betriebe eine Umsatzsteigerung erzielten, sind dies im Ausbaugewerbe 28%. Andererseits beklagen 34% der Baubetriebe gesunkene Umsätze, das sind 3% mehr als im Herbst. Im Ausbaugewerbe stieg die Zahl der Betriebe, die Umsatzrückgänge verzeichneten, seit dem Herbst von 18% auf 23% an. Die inzwischen vorliegenden Statistiken bestätigen einen starken Umsatzrückgang im Bauhauptgewerbe. So brach der baugewerbliche Umsatz im Dezember 2007 im Vergleich zum Dezember 2006 um 22,2% ein. Auch im Januar und Februar sah es nicht besser aus.

Ertragslage

Der Blick auf die **Ertragslage** zeigt, dass die nachlassende Konjunktur auch bei den Erträgen Spuren hinterlässt.

Im Bauhauptgewerbe hat sich die **Ertragslage** gegenüber dem Herbst verschlechtert. Nur knapp 10% der Betriebe konnten ihre Ertragslage verbessern, für fast die Hälfte der Baubetriebe verschlechterte sie sich. Im Ausbauhandwerk stellten 26% der Ausbaubetriebe eine Verschlechterung ihrer Ertragslage fest. Nur 20% erzielten höhere Erträge.

Dies entspricht gegenüber dem Herbst einer Verschlechterung der Ertragslage von insgesamt 10 Punkten sowohl beim Bauhaupt- als auch beim Ausbaugewerbe.

Nachfrage

Ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Lage ist natürlich der **Auftragsbestand**. Denn die Aufträge von heute sind die Umsätze von morgen.

Im vergangenen Jahr zog im Frühjahr die Nachfrage deutlich an. Nicht so in diesem Jahr. Die Nachfrage nach Bau- und Ausbauleistungen ist in den vergangenen Monaten zurückgegangen. Bei der Hälfte der Baubetriebe ist der Auftragsbestand gesunken. Nur 15% der Betriebe des Bauhauptgewerbes haben vollere Auftragsbücher als im Herbst. Auch im Ausbausektor blieb die Frühjahrsbelebung bislang aus. Nur ein Viertel aller Betriebe kann sich über mehr Aufträge freuen, vor einem Jahr waren dies noch doppelt so viele.

Der durchschnittliche Auftragsbestand im Baugewerbe liegt derzeit bei 6,0 und im Ausbaugewerbe bei 6,9 Wochen.

Beschäftigung

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

damit komme ich zum Thema **Beschäftigung**. In den letzten beiden Jahren konnte ich Ihnen recht Erfreuliches zur Entwicklung der Beschäftigung berichten. Nach Jahren des Rückgangs zog 2006 die Beschäftigung erstmals wieder an. Diese Entwicklung hielt auch im vergangenen Jahr an. So stieg die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe 2007 gegenüber dem Vorjahr in Bayern um 1,1% an. Und wir gehen davon aus, dass auch im Ausbaugewerbe die Beschäftigtenzahl 2007 leicht gestiegen ist.

Unsere Umfrage bestätigt auch für die vergangenen Monate eine in etwa gleich bleibende Zahl von Beschäftigten im Ausbaugewerbe. Die Zahl der Betriebe, die zusätzliches Personal einstellten, hielt sich mit der Zahl derjenigen, die Personal abbauten, etwa die Waage.

Im Bauhauptgewerbe zeichnet sich nach den Umfrageergebnissen allerdings in diesem Jahr ein leichter Beschäftigungsrückgang ab. So ging die Beschäftigtenzahl in den befragten Betrieben des Bauhauptgewerbes zurück. 32% der Betriebe bauten in den vergangenen Monaten Personal ab. Nur knapp 7% der Betriebe verstärkten ihre Belegschaft.

Über 60% aller Bau- und Ausbaubetriebe hat die Belegschaftsstärke dagegen nicht verändert. Das heißt also, die Mehrheit der Betriebe ist auf gleichem Beschäftigungsniveau geblieben.

Ausbildung

Während im Ausbauhandwerk die **Ausbildungsleistung** der Betriebe insgesamt konstant bleibt, zeichnet sich im Bauhauptgewerbe ein leichter Rückgang der Ausbildungsbereitschaft ab. Denn 20% der Baubetriebe gaben an, weniger als im Vorjahr auszubilden. Nur 9% der Baufirmen stellten mehr Auszubildende ein.

Fast 75% der Bau- und Ausbaubetriebe bilden aber in unverändert hohem Umfang aus.

Baupreise

Der im Jahr 2006 zu beobachtende **Anstieg der Baupreise** hat sich im vergangenen Jahr beschleunigt. Im Durchschnitt lag das Preisniveau in Bayern nominal um etwa 6,5% über dem des Vorjahres. Hierfür sind drei Faktoren verantwortlich. Da ist zum einen die Mehrwertsteuererhöhung um 3 Prozentpunkte zu Beginn des Jahres 2007. Da nur ein Teil der Leistungen für Bauinvestitionen mit dem Mehrwertsteuersatz in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung eingehen, sind cirka 1,5 Prozentpunkte aus der Mehrwertsteuererhöhung als Preis treibend anzusetzen. Der zweite preistreibende Faktor sind die weiter stark gestiegenen Energie-, Rohstoff- und Baumaterialpreise. Und zum Dritten mussten natürlich auch die Lohnerhöhungen in Höhe von 3,5% im vergangenen Jahr eingepreist werden. Da die Lohn- und Lohnzusatzkosten im Handwerk rund 50% der Preise bilden, ergaben sich allein aus der Lohnerhöhung Preissteigerungen in etwa gleicher Höhe wie die durch die Mehrwertsteuererhöhung verursachte.

Um es klar zu sagen: Die Ertragslage hat sich nicht verbessert, weil die Preisanhebungen in der Regel nicht den Steigerungen bei den Einkaufspreisen für Baumaterialien folgen konnten. Außerdem sind die einzelnen Segmente sehr differenziert zu betrachten. Gerade in dem wichtigen Segment des Rohbaus von Wohngebäuden konnten in einem schrumpfenden Markt keine kostendeckenden Preise erzielt werden.

Dies wird durch die Ergebnisse unserer Umfrage bestätigt. Im Bauhauptgewerbe gaben die Baupreise in den vergangenen Monaten nach. Derzeit muss die Hälfte der Baubetriebe mit gesunkenen Preisen auskommen. Nur 7% der Firmen konnten höhere Preise durchsetzen. Im Ausbaugewerbe blieb die Preissituation auch in den vergangenen sechs Monaten fast unverändert. Rund 20% der Betriebe konnten höhere Preise erzielen. Über 21% der Ausbaubetriebe klagten über gesunkene Preise.

Trend

Das bayerische Bau- und Ausbaugewerbe erwartet in den **kommenden Monaten** keine wesentlichen Änderungen der **Geschäftslage**.

Während das Ausbaugewerbe eine nur leichte Eintrübung bei **Ertragslage und Umsatzentwicklung** erwartet, ist das Bauhauptgewerbe deutlich skeptischer. Fast die Hälfte der Baubetriebe erwartet in diesem Jahr eine Verschlechterung der Umsatz- und Ertragsentwicklung. Nur 11% der Ausbaubetriebe und 8% der Baufirmen rechnen mit Verbesserungen.

Trotz dieser Skepsis will die überwiegende Mehrzahl der Betriebe den **Personalbestand** konstant halten. Ich denke allerdings, dass angesichts der schwachen Auftrags- und Umsatzzahlen in diesem Jahr die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe leicht zurückgehen wird.

Kurzanalyse der wirtschaftlichen Entwicklung des Bau- und Ausbausektors

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

nach zwei mehr oder weniger zufrieden stellenden Jahren bedarf es großer Anstrengungen, um auch 2008 in der Bau- und Ausbauwirtschaft ein kleines Plus vor den Konjunkturindikatoren zu halten.

Dabei stellt sich die Gesamtsituation eigentlich recht positiv dar. So liegen die Prognosen für das Wachstum der realen Bauinvestitionen 2008 zwischen 0,5% (Bundesregierung) und 2,1% (Kölner Wirtschaftsinstitut). Noch ist unsicher, wie sich die Verwerfungen am Finanzmarkt auf die Volkswirtschaft auswirken. Auf jeden Fall rechnen die Konjunkturopern mit einem schwächeren Wachstum als im vergangenen Jahr.

Bereits im vergangenen Jahr aber koppelte sich der Bau vom gesamtwirtschaftlichen Wachstum ab. So ging der baugewerbliche Umsatz im 4. Quartal 2007 in Bayern um über 20% zurück. Im gesamten Jahr 2007 lag der Umsatz um **2,4% unter** dem Vorjahr. Für 2008 liegen noch keine statistischen Zahlen vor, aber die überwiegende Skepsis der über 1.500 befragten Betriebe lassen für dieses Frühjahr bei Umsatz und Auftragsentwicklung keine großen Sprünge erwarten. Die aktuelle Geschäftslage und die Erwartungen werden deutlich ungünstiger als vor einem Jahr eingeschätzt.

Woran liegt es, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass sich die Bau- und Ausbauwirtschaft schlechter als die übrige Wirtschaft entwickelt?

Das Bau- und Ausbaugewerbe hängt fast ausschließlich von der Inlandsnachfrage ab. Hierbei spielen drei wichtige Segmente eine Rolle: Der Wohnungsbau, der Gewerbebau und die Bauinvestitionen der öffentlichen Hand. Während der **Wirtschaftsbau und der öffentliche Bau** aller Voraussicht nach auch 2008 die **Motoren der Bautätigkeit** bleiben werden, wird der **Wohnungsneubau** in diesem Jahr noch stärker als im vergangenen Jahr das **Wachstum bremsen**.

Der Wohnungsneubau ist seit dem vergangenen Jahr das Sorgenkind der Bauwirtschaft. Ein Rückgang der Baugenehmigungen um über 30% wie im vergangenen Jahr ist bisher noch nicht da gewesen. Diese Abwärtsentwicklung wird zu sehr niedrigen Fertigstellungszahlen in diesem Jahr führen.

Die Ursachen sind bekannt. Die finanzielle Förderung des Erwerbs von Wohneigentum ist in den zurückliegenden Jahren stark eingeschränkt worden. Für den Selbstnutzer durch Streichung der Eigenheimzulage. Für den potentiellen Vermieter durch Streichung der degressiven Abschreibung. Hinzu kam erschwerend die Erhöhung der Mehrwertsteuer Anfang 2007. Damit reduzierte sich der Kreis möglicher Investoren stark. Dies alles trug dazu bei, dass der Wohnungsbau trotz insgesamt guter Konjunktur- und Arbeitsmarktzahlen zurückging.

Gleichzeitig können wir uns in Bayern in den kommenden Jahren auf eine weiter wachsende Bevölkerungszahl einstellen. Die Zahl der Privathaushalte wird stark ansteigen. Die Haushaltsgröße wird dagegen immer kleiner. Bauland ist und bleibt auf absehbare Zeit zumindest in den Boomregionen sehr knapp. Es verteuert sich weiter viel stärker als die meisten anderen Waren und Güter. Auch die steigende Zahl alter Menschen braucht altersgerechte Wohnungen, von denen es viel zu wenige gibt. Die Mieten und die Preise für Eigentumswohnungen und -häuser steigen in den Boom-Regionen an.

Ansätze zur Belegung des Wohnungsbaus

Neue Impulse für den Wohnungsbau sind deshalb dringend nötig. Einige ermutigende Entwicklungen gibt es bereits. So ist im März endlich die seit Jahren angekündigte Einbeziehung der Wohnimmobilien in die geförderte Altersvorsorge (**Wohn-Riester**) beschlossen worden. Die geplante Förderhöhe von „Wohn-Riester“ ist allerdings deutlich niedriger als die weggefallene Eigenheimzulage. Zum Vergleich: Eine Familie mit zwei Kindern soll mit Riester-Förderung im Jahr 2008 pro Monat exakt 56,60 Euro erhalten. Mit der noch 2005 geltenden Eigenheimzulage hätte sie acht Jahre lang bis zu 2.850 € im Jahr (entspricht 237,50 € pro Monat) erhalten.

Deshalb begrüßen wir ausdrücklich die Initiative des Freistaats, mit **neuen Wohnungsbau-Förderprogrammen** die entstandene Lücke zu füllen. Nur leider sind die neuen Förderinstrumente noch viel zu wenig bekannt, als dass sie bisher schon positive Impulse hätten auslösen können. Wir haben Ihnen deshalb heute eine Zusammenfassung der Förderinstrumente in die Pressemappe gelegt und würden uns freuen, wenn Sie die Fördermöglichkeiten über die Medien bekannt machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

einen immer größeren Markt für das Bau- und Ausbaugewerbe liegt in der **energetischen und seniorengerechten Sanierung der Bestandswohnimmobilien**.

Im Bereich der energetischen Sanierung haben die Bundesregierung über die KfW und Bayern über die Bayerische Landesbank bereits gut genutzte Förderprogramme aufgelegt. In den kommenden Jahren wird sicherlich auch die Wirkung der in diesem Jahr eingeführten neuen Energieausweise für Wohnimmobilien ein gewisses Investitionspotential auslösen. Denn bei Verkauf oder Neuvermietung von Wohnimmobilien wird der Interessent immer mehr auch auf den Energiebedarf schauen, der im Energieausweis dokumentiert wird. Fachgerechte energetische Sanierung wird sich also doppelt lohnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

etwa 30-50% der vorhandenen innerstädtischen Quartiere müssen umstrukturiert werden. Aufzugsanlagen, veränderte Grundrisse, eine altersgerechte Sanitärausstattung sind erforder-

derlich. Häufig müssen diese Maßnahmenpakete mit der Nachrüstung des Wohnungsbestandes zur Senkung des Energieverbrauchs verbunden werden. Es stellt sich dann schnell die Frage, ob ein Ersatzneubau nicht wirtschaftlicher wäre. Der ist aber bislang – im Gegensatz zur Förderung von Ersatzneubauten von stationären Altenpflegeeinrichtungen – nicht förderfähig. Für die Förderpolitik des Freistaats ergibt sich deshalb die Aufgabe, künftig den **Ersatzneubau als ein gleichwertiges Element der Wohnungspolitik** anzuerkennen. Die Förderung altersgerechter und energetisch den klimapolitischen Zielen entsprechender Ersatzneubauten ist auch deshalb sehr sinnvoll, weil das selbständige Wohnen im Alter gut mit ambulanten Betreuungsangeboten verbunden werden kann. Diese bieten im Verhältnis zur Unterbringung alter Menschen in stationären Altenheimen nicht nur eine höhere Lebensqualität, sondern entlasten auch die Pflegekassen und stärken gerade in Klein- und Mittelzentren innerstädtische Standorte.

Erweiterung der steuerlichen Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen

Sehr geehrte Damen und Herren,

um die Baukonjunktur dauerhaft zu festigen, brauchen wir zuallererst genügend Aufträge. Hier kann mit einigen recht einfachen Maßnahmen eine Menge erreicht werden.

So stellt eine aktuelle Studie der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt messbare positive Impulse der 2006 eingeführten Absetzbarkeit handwerklicher Modernisierungs- und Erhaltungsleistungen für selbst genutzte Wohnungen fest. Dies entspricht unseren Beobachtungen. Wir fordern deshalb seit langem, dieses bewährte steuerliche Instrument zu vereinfachen und den Steuerbonus zu erhöhen. Der maximale Abzugsbetrag von der Steuerschuld für allgemeine haushaltsnahe Dienstleistungen, Pflegedienstleistungen und Handwerkerleistungen sollte deshalb einheitlich auf 25 % von 12.000 Euro – dies entspricht 3.000 Euro - angehoben werden.

Verstetigung der Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wenn wir über Auftragsstabilität sprechen, dann müssen wir auch immer wieder unsere Forderung nach einer **Stetigkeit der Vergabe** ansprechen: Seit Jahren beobachten wir, dass die öffentliche Hand in den ersten Monaten des Jahres nur halb so viele Aufträge vergibt wie ab dem Sommer. Auch in diesem Frühjahr zeichnet sich eine ähnliche Entwicklung ab.

Bei allem Verständnis für die Vorgaben des Haushaltsrechts und die laufenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst: Die Verantwortlichen in den Kommunen brauchen einfach zu lange, um im jeweils neuen Jahr ihre Aufträge auszuschreiben. Diesen Zustand können wir nicht länger hinnehmen. Denn dies führt zu massiven Auslastungsproblemen. Unsere Betriebe brauchen Planungssicherheit, auch um die Beschäftigung stabil halten zu können. Andere Auftraggeber sind auch in der Lage, ihre Bauaufträge rechtzeitig zu Jahresbeginn in Auftrag zu geben und so von den günstigeren Preisen des ersten Halbjahres zu profitieren.

Praxisgerechte mittelstandsfreundliche Erbschaftssteuerreform

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

gestatten Sie mir noch einige Worte zur geplanten Erbschaftssteuerreform 2008. Seit einigen Wochen liegen der Gesetzentwurf und die Verordnungsentwürfe zum Bewertungsverfahren auf dem Tisch und um es klar zu sagen: Wenn diese Pläne so umgesetzt werden, dann wird die Unternehmensnachfolge mittelständischer Unternehmen der Bau- und Ausbauwirtschaft erschwert und es drohen zusätzliche Kosten. Dies würde eine Pleitewelle unter Mittelständlern auslösen.

Was stört uns an den Entwürfen? Die Belastungen für die Erben, die ein Unternehmen weiterführen wollen, werden durch die Haltefrist von 15 Jahren, wie sie der Gesetzentwurf der Bundesregierung jetzt vorsieht, deutlich erschwert. Es kann nicht sein, dass bei einer Unterschreitung der Haltefrist die Begünstigung des Unternehmensnachfolgers vollständig entfallen soll. Die Erbschaftssteuerschuld muss vielmehr nur entsprechend dem Zeitablauf verringert werden. Wir brauchen ein praxisgerechtes Abschmelzmodell.

Es ist völlig praxisfremd, dass künftig Firmenerben 85 Prozent der Steuerschuld nur dann erlassen bekommen, wenn sie den Betrieb zehn Jahre fortführen, die Lohnsumme in dieser Zeit nicht unter 70 Prozent des Anfangswerts sinkt, und wenn sie 15 Jahre lang nicht mehr als den laufenden Gewinn aus dem Unternehmen entnehmen. Kein Bau- oder Ausbaubetrieb kann über 10 Jahre lang eine nahezu konstante Lohnsumme garantieren. Unsere Branche ist in hohem Maße saisonal geprägt und muss seit Mitte der 90er Jahre mit sehr kurzen Auftragsbeständen von durchschnittlich nur 4-6 Wochen leben. Während der letzten 16 Jahre hat sich die Belegschaft halbiert. Unter diesen Bedingungen werden deshalb nur sehr wenige Unternehmensnachfolgen in der Bauwirtschaft in den Genuss dieses Abschmelzmodells kommen und in der Folge über viele Jahre unter der betriebswirtschaftlich nicht zumutbaren Gefahr leben müssen, noch nach Jahren hohe Steuernachforderungen tätigen zu müssen.

In diesem Zusammenhang sind auch die Pläne der Bundesregierung für neue Wertansätze für Betriebsvermögen zu kritisieren. Die neuen Wertansätze für Betriebsvermögen werden vor allem traditionelle Familienunternehmen des Bau- und Ausbaugewerbes, die über Generationen Immobilienbesitz in das Betriebsvermögen eingebracht haben, weit stärker als bisher belasten.

Außerdem droht eine Zunahme der Bürokratie. Dies wird im Regelfall zu weit überhöhten Wertansätzen für vererbte Betriebsvermögen führen. Denn das sog. "Vereinfachte" Ertragswertverfahren ergibt Firmenwerte, die bis an das Doppelte des tatsächlich am Markt erzielbaren Preises heranreichen. Um überzogenen Erbschaftsteuerforderungen zu entgehen, wird den Erben dann nur der Gang zum Gutachter bleiben. Die Verordnung wird in der vorliegenden Form zu nichts anderem als Streit und Gerichtsprozessen führen. Hohe Bürokratiekosten sind also vorprogrammiert.

Wir fordern deshalb die Bayerische Staatsregierung auf, die Pläne der Bundesregierung in der vorliegenden Form keinesfalls mit zu tragen und sich stattdessen für ein echtes praxisgerechtes und mittelstandsfreundliches Abschmelzmodell einzusetzen.

Schwarzarbeit nimmt zu

Sehr geehrte Damen und Herren,

Nun zum letzten Punkt, den ich heute ansprechen möchte. Die Schwarzarbeit hat seit der Mehrwertsteuererhöhung wieder zugenommen. Viele meinen zu Unrecht, dass sie mit Schwarzarbeit Geld sparen. Und leider ist vielen privaten Bauherren das große Risiko, das mit der Beauftragung von Schwarzarbeitern einhergeht, nicht bewusst. Wir haben deshalb ein Merkblatt aufgelegt, das die rechtlichen und finanziellen Risiken erläutert. Sie finden es in der Pressemappe.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

**Die Landesvereinigung Bauwirtschaft Bayern repräsentiert zehn Verbände des Bau- und
Ausbauhandwerks mit ca. 35.000 Betrieben und etwa 300.000 Mitarbeitern.
Weitere Informationen unter: www.lvb-bayern.de**